

12. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

23. Mai 1957

123/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. G r e d l e r und Genossen
an den Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten,
betreffend die Bewirtschaftung von im Gebiet der tschechoslowakischen Republik
in Grenznähe gelegenen landwirtschaftlichen Gütern, die österreichischen
Staatsbürgern gehören.

-.-.-

Zahlreiche Landbesitzer, so auch in den Orten Wielands, Gmünd, Böhmeil,
Hohenberg und Reinpolz im Bezirke Gmünd sind Eigentümer von auf dem Gebiete
der tschechoslowakischen Republik an der österreichischen Grenze gelegenen
Landstücken. Die freie Bewirtschaftung dieser Grundstücke ist den Eigentümern
verwehrt, da die tschechoslowakische Regierung diese nicht duldet. Auch
eine Ablöse dieser Gebiete in Geld ist nicht erfolgt. Im Gegensatz zu den
Verhältnissen vor 1938 ist damit den betreffenden Grundeigentümern infolge
der Unmöglichkeit jeder Nutzung großer Schaden entstanden.

Die Bewohner der oben besonders genannten Gemeinden haben schon im
Jahre 1956 an die Bezirkshauptmannschaft Gmünd die Bitte um Intervention
gerichtet. Im November 1956 haben die Genannten, da keinerlei Erledigung
erfolgte, sich schriftlich an den Herrn Bundeskanzler und den Herrn Bundes-
minister für die Auswärtigen Angelegenheiten gewendet. Die für die Wald-
viertler Gemeinden erwähnten Umstände gelten selbstverständlich für das
gesamte Grenzgebiet. Die Grenzgemeinden, die von diesen tschechoslowakischen
Absperrmaßnahmen betroffen sind, verlangen immer wieder die Ermöglichung
der Bewirtschaftung der im Grenzgebiete gelegenen Grundstücke.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundes-
minister die

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister gewillt, dem Hause einen Bericht über den
Stand der diesbezüglichen Verhandlungen zu erstatten?

-.-.-.-.-